

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16153
Donnerstag, 07. Oktober 2021

Knappes Angebot und rege Nachfrage: FAO-Lebensmittelpreisindex im September gestiegen	1
Agrarausschuss im Parlament zu GAP-Strategieplan - Eigene Bio-Maßnahme geplant	2
Osteuropäische Länder gegen weiteren Emissionshandel	5
EU-Kommission beschließt weitere Unterstützung für Wein-, Obst- und Gemüsektor	5
AMA: Maßnahmen "Zwischenfruchtanbau" sowie "Mulch- und Direktsaat" im Herbstantrag	6
Britische Bauern starten mit Keulung gesunder Tiere	7
OÖ: Monitoring bestätigt GVO-Freiheit auf landwirtschaftlichen Flächen	8
Russland: Analytiker erhöhen Schätzung für die heurige Weizenernte	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Knappes Angebot und rege Nachfrage: FAO-Lebensmittelpreisindex im September gestiegen

Größte Zuwächse bei Getreide und Pflanzenölen

Rom, 7. Oktober 2021 (aiz.info). - Ein knappes Angebot sowie eine rege Nachfrage bei wichtigen Agrarrohstoffen ließen den FAO-Lebensmittelpreisindex im September 2021 um 1,2% oder 1,5 Punkte auf durchschnittlich 130 Punkte gegenüber dem Vormonat nach oben klettern. Der aktuelle Wert liegt damit 32,1 Punkte oder 32,8% über jenem des entsprechenden Vorjahreszeitraumes, teilte heute die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) mit. Der jüngste Anstieg spiegle in erste Linie höhere Preise für die meisten Getreidearten und Pflanzenöle wider. Auch die Milch- und Zuckernotierungen zeigten nach oben, während der Fleischpreis-Teilindex stabil blieb. Der FAO-Lebensmittelpreisindex bildet monatliche Preisänderungen eines Korbs international gehandelter Nahrungsmittel ab. * * * *

Der FAO-Getreidepreisindex lag im September mit durchschnittlich 132,5 Punkten um 2,6 Punkte (2,0%) höher als im August und 28,5 Punkte (27,3%) über seinem Stand vom September 2020. Unter allen wichtigen Getreidearten stiegen die globalen Weizenpreise um fast 4% im Monatsvergleich und um sogar 41% im Jahresvergleich am stärksten an. Die knapper werdenden Exportvorräte inmitten einer starken weltweiten Nachfragerwelle trieben die internationalen Weizenpreise weiter in die Höhe, so die FAO. Auch die internationalen Gerstenpreise kletterten im September um 2,6% nach oben. Als Gründe nannte die UN-Organisation ebenso eine starke Nachfrage, herabgestufte Produktionsaussichten in der Russischen Föderation sowie Zuwächse in anderen Märkten. Im Gegensatz dazu blieben die Weltmaispreise im Allgemeinen stabil und stiegen gegenüber August nur um 0,3%. Dem Aufwärtsdruck wirkten hier Störungen in den US-Häfen durch Hurrikans, verbesserte globale Ernteaussichten sowie der Erntestart in den USA und der Ukraine entgegen. Dennoch lagen die Maispreise fast 38% über ihrem Niveau vom September 2020.

Für den FAO-Pflanzenölpreisindex wurde im September ein Plus von 2,9 Punkten (oder 1,7%) auf durchschnittlich 168,6 Punkte gegenüber dem Vormonat registriert. Der Teilindex lag damit rund 60% über seinem Vorjahreswert. Laut FAO war der Anstieg hauptsächlich auf höhere Palm- und Rapsölwerte zurückzuführen, während die Notierungen für Soja- und Sonnenblumenöle zurückgingen. So erhöhten sich die internationalen Palmölpreise den dritten Monat in Folge gestützt durch eine robuste globale Importnachfrage. Letztere führte die FAO auf eine unterdurchschnittliche Produktion in Malaysia aufgrund des dort anhaltenden Arbeitskräftemangels zurück. Auch die Rapsölpreise zeigten, angeheizt durch ein weltweit anhaltendes knappes Angebot, deutlich nach oben. Dagegen sanken die globalen Soja- und Sonnenblumenölpreise aufgrund der Unsicherheiten hinsichtlich der Sojaölabnahme durch die Biodieselindustrie sowie der Aussichten auf ein ausreichendes globales Angebot in der Saison 2021/22.

Alle bewerteten Milchprodukte im Plus

Der FAO-Milchpreisindex erreichte im September durchschnittlich 117,9 Punkte, das sind um 1,7 Punkte (1,5%) mehr als im Monat davor beziehungsweise 15,6 Punkte (15,2%) mehr als im entsprechenden Vergleichszeitraum 2020. Aktuell zeigten die internationalen Notierungen für alle im Index vertretenen Milchprodukte nach oben, wobei Magermilchpulver und Butter deutlich stiegen. Eine solide globale Importnachfrage bei gleichzeitig begrenzten Exportverfügbarkeiten, insbesondere

aus Europa aufgrund niedriger Lagerstände und saisonaler Rückgänge in der Milchproduktion, gaben den Ausschlag dazu, so die FAO. Eine geringe Milcherzeugung zu einem frühen Zeitpunkt in der neuen Saison in Ozeanien in Verbindung mit niedrigen Vorräten pushte die globalen Butter- und Magermilchpulverpreise. Nur moderat höher notierten hingegen die Werte für Vollmilchpulver und Käse basierend auf einer eingeschränkter Produktion, niedrigen Lagerständen und einer stabilen Binnennachfrage in Europa.

Praktisch keine Veränderung wurde im September für den FAO-Fleischpreisindex mit durchschnittlich 115,5 Punkten gegenüber seinem revidierten Wert vom August beobachtet. Der aktuelle Teilindex liegt damit 24,1 Punkte (26,3%) über dem Wert des entsprechenden Monats 2020. So setzte sich bei Schafffleisch der Aufwärtstrend bei den internationalen Notierungen durch eine rege weltweite Nachfrage sowie ein knappes Exportangebot weiter fort. Auch die Preisrallye bei Rindfleisch hielt unvermindert an, da die begrenzte Verfügbarkeit von Schlachtrindern in Ozeanien und Südamerika das weltweite Angebot drückte. Im Gegensatz dazu wurde bei Geflügelfleisch der zuvor neun Monate anhaltende Preisanstieg wegen eines größeren globalen Angebots gebremst. Auch die weltweiten Notierungen für Schweinefleisch drehten aufgrund einer geringeren Importnachfrage aus China und einer gedämpften Binnennachfrage, insbesondere in Europa, weiter ins Minus.

Verringertes Angebot stützte FAO-Zuckerpreisindex

Der FAO-Zuckerpreisindex kletterte im September um 0,6 Punkte (0,5%) über den Stand vom August auf durchschnittlich 121,2 Punkte sowie 42,2 Punkte (53,5%) über den Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Berichte über eine verringerte Produktion in Brasilien, dem weltweit größten Zuckerexporteur, durch anhaltende trockene Wetterbedingungen und Fröste, stützten den Anstieg der Weltzuckerpreise. Zudem lösten höhere Ethanolpreise eine stärkere Verwendung von Zuckerrohr in diesem Industriezweig in Brasilien aus. Der Zuwachs bei den Notierungen wurde laut FAO jedoch durch eine Verlangsamung der weltweiten Importnachfrage nach Zucker sowie durch gute Produktionsaussichten in wichtigen Exportländern wie Indien und Thailand begrenzt. (Schluss) hub

Agrarausschuss im Parlament zu GAP-Strategieplan - Eigene Bio-Maßnahme geplant

Köstinger: ÖPUL weiterhin Herzstück der österreichischen Agrarpolitik

Wien, 7. Oktober 2021 (aiz.info). - Der Landwirtschaftsausschuss des Nationalrats befasste sich am Mittwoch unter anderem in einem Expertenhearing mit der Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2023 bis 2027 in Österreich mit dem zentralen Instrument des in Ausarbeitung befindlichen nationalen Strategieplans. Von zentraler Bedeutung sei es, mit diesem Strategieplan Planungssicherheit für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe herzustellen, betonte Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger**. "Herzstück der österreichischen Agrarpolitik" solle weiterhin das Agrarumweltprogramm ÖPUL sein. Das Landwirtschaftsministerium gab bekannt, das ÖPUL solle im geplanten Modulsystem ab 2023 auch eine eigenständige Bio-Maßnahme enthalten. Laut Parlamentskorrespondenz würden in der neuen GAP inklusive nationaler Aufzahlungen jährlich rund 1,8 Mrd. Euro in die österreichische Landwirtschaft fließen. * * * *

Man wolle, so die Ministerin, im Stakeholder-Dialog eingebrachte Anregungen so weit wie möglich einarbeiten, um die bestmögliche Unterstützung der verschiedenen Betriebsformen zu gewährleisten. "Wir wollen den Anteil der Bio-Landwirtschaft bis 2030 auf 30% aller landwirtschaftlichen Flächen erhöhen." Mit dem neuen Modulsystem im ÖPUL gebe es "dafür die notwendige Unterstützung und wesentliche Anreize". Die Bio-Maßnahme werde einerseits die Einhaltung der Bio-Verordnung, andererseits aber zusätzliche Leistungen umfassen, zum Beispiel die Anlage von 7% Biodiversitätsflächen, Fruchtfolgeauflagen, Weiterbildungsverpflichtung und Grünlanderhaltung. Durch Inanspruchnahme optionaler Zusatzmodule könnten Betriebe durch freiwillige Mehrleistungen auch eine höhere Prämie als bisher erhalten.

Ausweitung der Bio-Fläche unter Berücksichtigung der Marktentwicklung

In einer Medieninfo des Ressorts heißt es, die Erfolgsgeschichte der Bio-Landwirtschaft solle weitergeschrieben werden. Österreich sei jetzt schon mit einem Anteil von 23% der Betriebe mit biologischer Wirtschaftsweise das Bio-Land Nummer eins und werde darum von vielen Ländern beneidet. Dem Ministerium sei eine Weiterentwicklung ein großes Anliegen. Dazu erarbeite man die "Zukunftsstrategie Bio-Landwirtschaft 2030". Die Ausweitung der Bio-Fläche auf 30% geschehe unter Berücksichtigung der Marktentwicklung. Diese "ist ein entscheidendes Element für den Erfolg der Bio-Landwirtschaft: Der Absatz an Bio-Produkten muss weiterhin wachsen, nur dann werden dauerhaft auch die Anbauflächen weiter steigen können. Andernfalls droht ein Preisverfall bei Bio-Produkten."

Die Bio-Landwirtschaft werde schon jetzt mit 500 Mio. Euro pro Jahr unterstützt. 25% der gesamten Direktzahlungen, 44% der gesamten Mittel aus dem ÖPUL, 32% der Ausgleichszulagen und 33% der beantragten Investitionsförderungen gingen an Bio-Betriebe. Damit hätten diese durchschnittlich höhere Einkommen als konventionelle Betriebe.

Lob und Kritik von Bio Austria

Der Verband Bio Austria sieht in der von Köstinger angekündigten Weiterführung einer eigenständigen Bio-Maßnahme eine wichtige Forderung erfüllt, offen bleibe aber noch die Prämienhöhe. Bio Austria-Obfrau **Gertraud Grabmann** unterstrich die große Bedeutung der Bio-Landwirtschaft sowie die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte für eine nachhaltige Landwirtschaft "unter einen Hut zu bringen". Österreich sei hier im internationalen Vergleich "ganz vorne".

In einer Aussendung monierte Bio Austria dann am Donnerstag, bislang habe das Ministerium noch keine Prämienhöhen veröffentlicht, und es werde kolportiert, dass trotz zusätzlicher Auflagen - Bio-Betriebe, die nach der EU-Bio-Verordnung wirtschaften, müssten ab 2023 auch die Auflagen der Maßnahme "UBB" einhalten - die Prämie für Bio-Betriebe nicht steigen, sondern sogar sinken werde. Dies sei laut Grabmann "nicht akzeptabel". Die Zielsetzung eines Bio-Flächenanteils von 30% bis 2030 sei in keiner Hinsicht ambitioniert, liege er doch jetzt schon, neun Jahre davor, bei 26,5%.

Bauer: Rechts-, Planungs- und Finanzierungssicherheit ist zentral

Der Experte der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Karl Bauer**, erklärte, Aufgabe des nationalen GAP-Strategieplans sei, "die Vielfalt von Betrieben in einer Vielfalt von Regionen" in Österreich zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Rechts-, Planungs- und Finanzierungssicherheit sei für die Betriebe zentral, weshalb die Erstellung des Strategieplans bis Ende des Jahres abzuschließen sei. Dabei sei die Praktikabilität der Maßnahmen, die zur Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe führen solle, besonders wichtig. Laut Bauer brauche es aber auch höhere Abgeltungen, etwa für Tierwohl oder Umweltleistungen, da zu erwarten sei, dass der wirtschaftliche Druck auf die Betriebe weiter steigen werde. Zur Erfüllung der Strategiepläne sollten freiwillige Angebote neben verpflichtenden Maßnahmen im Vordergrund stehen.

Lindenthal: Ökonomische und soziale Aspekte der Nachhaltigkeit bedenken

Thomas Lindenthal von der Universität für Bodenkultur Wien (Boku) konzentrierte sich auf die Nachhaltigkeitsaspekte für die Landwirtschaft. Die größten nationalen wie auch globalen Herausforderungen würden unter anderem im Klimawandel, in der Gefährdung der Biodiversität, in der Bodenverdichtung sowie in der Wasser- und Ressourcenverknappung liegen. Lindenthal betonte, dass hier der Fokus nicht nur auf der ökologischen Dimension liegen dürfe. Auch die ökonomischen und sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit müssten mitgedacht werden. Eine nachhaltige Gestaltung der europäischen Agrarpolitik bedürfe neben Anpassungen an den Klimawandel und der Förderung von Biodiversität einer Kombination aus systemischer Basisfinanzierung sowie zusätzlich wählbarer Einzelmaßnahmen für die Betriebe.

Kritik von Opposition und Grünen - Bericht zu COVID-Härtefallfonds einstimmig akzeptiert

Erwartungsgemäß kritisierten Opposition und NGOs, wie Global 2000, aber auch der Grüne Koalitionspartner die bisher bekannt gewordenen Ziele des Strategieplans etwa als zu wenig sozial und ökologisch oder noch zu wenig konkret. Die Grünen-Abgeordneten **Clemens Stammler** und **Olga Voglauer** forderten einen Systemwechsel sowie mehr Mut und Ambition: "Das GAP-Grundsatzgesetz bietet eine große Chance, ein gescheitertes System zu verlassen. Wir wissen alle, dass es kein 'Weiter wie bisher' geben kann, und es liegt an uns, Planungssicherheit und den Schutz der Lebensgrundlagen für die Bäuerinnen und Bauern zu gewährleisten."

Der Ausschuss nahm einstimmig die Monatsberichte der Ministerin für Mai, Juni und Juli 2021 über die Ausgaben des Corona-bedingten Härtefallfonds in der Land- und Forstwirtschaft inklusive der Privatzimmervermietung zur Kenntnis. Bis 31. Juli 2021 wurden demnach in Summe 90,9 Mio. Euro an insgesamt 11.980 Begünstigte ausbezahlt. Davon entfielen rund 48,1 Mio. Euro an die Land- und Forstwirtschaft sowie rund 42,9 Mio. Euro an die Privatzimmer- beziehungsweise touristische Vermietung. (Schluss) pos

Osteuropäische Länder gegen weiteren Emissionshandel

Hohe Energiepreise heizen Klimadebatte an

Brüssel, 7. Oktober 2021 (aiz.info). - Die EU-Umweltminister führten eine erste Aussprache über das Energiepaket "Fit for 55" der EU-Kommission. Die Minister sind sich einig, dass die Klimaanstrengungen im Transportsektor und bei der Wärmeisolation von Gebäuden verbessert werden müssen. Der Vorschlag der EU-Kommission, den Handel mit Verschmutzungszertifikaten auf den Straßenverkehr und auf Gebäude auszudehnen, stieß im EU-Umweltrat aber auf erhebliche Kritik. Vor allem die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten befürchten, dass die Einbindung in den Emissionshandel die Heizrechnung und die Kraftstoffpreise erheblich teurer machen wird. Der Vorschlag führe zu einer sozialen Schieflage in Mittel- und Osteuropa, empörte sich der ungarische Umweltminister **Attila Steiner**. Wegen der gerade explodierenden Gas- und Mineralölpreise dürfe man die Konsumenten nicht noch weiter belasten, erklärte Steiner. Polen, Rumänien, Bulgarien, die Baltischen Staaten, Zypern, Griechenland, Malta und Irland wendeten sich im EU-Umweltrat ebenfalls gegen das zentrale Element des "Fit für 55"-Pakets. * * * *

EU-Kommissionsvizepräsident **Frans Timmermans** erklärte, der Emissionshandel sei lediglich für 20% der Energiekosten verantwortlich. Der extreme Preisanstieg liege vor allem an der hohen Nachfrage nach der Corona-Krise. Die Importabhängigkeit der EU könne nur durch erneuerbare Energie vermindert werden. Die neuen Anforderungen an die Landwirtschaft im "Fit for 55"-Paket wurden von den EU-Umweltministern wenig kommentiert, zumal die EU-Agrarminister kommenden Montag darüber sprechen werden. (Schluss) mö

EU-Kommission beschließt weitere Unterstützung für Wein-, Obst- und Gemüsesektor

Extreme Witterungsbedingungen stellen diese Sektoren vor große Herausforderungen

Brüssel, 7. Oktober 2021 (aiz.info). - Die EU-Kommission unterstützt den europäischen Weinsektor sowie Obst- und Gemüseproduzenten weiter. Entsprechende Maßnahmen hat sie gestern, Mittwoch, beschlossen. Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** dazu: "Frühjahrsfröste, Überschwemmungen, Hitzewellen - extreme Witterungsbedingungen haben diese drei Sektoren im heurigen Jahr vor besonders große Herausforderungen gestellt - und das nach dem Jahr 2020, das wegen der Corona-Krise bereits schwierig war. Die dringend benötigten Maßnahmen werden Erzeuger in der gesamten EU in dieser schwierigen Zeit unterstützen, und zwar zusätzlich zu den Maßnahmen, die bereits 2020 vorgeschlagen und 2021 verlängert wurden." * * * *

Für den Weinsektor werden Risikomanagement-Instrumente, wie Ernteversicherungen und Fonds auf Gegenseitigkeit, stärker gefördert und die bereits bestehenden bis zum 15. Oktober 2022 verlängert. Für den Obst- und Gemüsesektor wurde festgelegt, dass die Unterstützung für Erzeugerorganisationen - für deren Berechnung normalerweise der Wert der Erzeugung zugrunde gelegt wird - nicht weniger als 85% des Vorjahresniveaus betragen darf.

Folgende Sondermaßnahmen für Wein wurden beschlossen: Die EU-Länder können ihre nationalen Stützungsprogramme auch weiterhin jederzeit ändern (dies war bisher nur zweimal jährlich möglich,

und zwar zum 1. März und zum 30. Juni jedes Jahres). Für Absatzförderungs- und Informationsmaßnahmen, Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen, grüne Weinlese und Investitionen wird die Möglichkeit, einen höheren Beitrag aus dem EU-Haushalt zu gewähren, bis zum 15. Oktober 2022 verlängert. Der Beitrag aus dem EU-Haushalt zur Ernteversicherung wurde bis zum 15. Oktober 2022 von 70 auf 80% erhöht. Der EU-Beitrag zu den Kosten für die Einrichtung von Fonds auf Gegenseitigkeit wurde verdoppelt, und zwar auf 20%, 16% beziehungsweise 8% im ersten, zweiten und dritten Jahr der Durchführung. Die für Maßnahmen im Rahmen des Weinprogramms gewährten Flexibilitätsregelungen wurden bis zum 15. Oktober 2022 verlängert.

Erzeugerorganisationen: Unterstützung mindestens 85% des Vorjahresniveaus

Für den Obst- und Gemüsesektor wurde festgelegt, dass die EU-Unterstützung für Erzeugerorganisationen - für deren Berechnung normalerweise der Wert der Erzeugung des betreffenden Jahres zugrunde gelegt wird - mindestens 85% des Vorjahresniveaus betragen muss, auch wenn der diesjährige Wert niedriger liegt. Dieser Ausgleich wird gewährt, wenn die geringere Erzeugung mit Naturkatastrophen, Klimaereignissen, Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall in Zusammenhang steht, außerhalb der Kontrolle der Erzeugerorganisation liegt und die Produktion im Vergleich zum Vorjahr um mindestens 35% zurückgegangen ist. Können die Betriebe nachweisen, dass sie vorbeugende Maßnahmen gegen das Ereignis ergriffen haben, auf das die verringerte Erzeugung zurückzuführen ist, so wird als Wert der Produktion, der für die Unterstützung zugrunde gelegt wird, der Vorjahreswert herangezogen.

Erstes Maßnahmenpaket im Mai 2020 verabschiedet

Wie berichtet, wurde aufgrund der beispiellosen Herausforderungen infolge der COVID-Pandemie bereits im Mai 2020 ein erstes Maßnahmenpaket verabschiedet. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch ein zweites Paket für den Weinsektor, das im Juli 2020 angenommen wurde. Gestern wurden im Rahmen des Pakets mehrere Maßnahmen in Form von Durchführungsrechtsakten verabschiedet. Für die delegierten Rechtsakte gilt noch ein zweimonatiger Prüfzeitraum durch das EU-Parlament und den Rat. (Schluss)

AMA: Maßnahmen "Zwischenfruchtanbau" sowie "Mulch- und Direktsaat" im Herbstantrag

Beantragungsfrist endet am 15. Oktober - Keine Nachfrist

Wien, 7. Oktober 2021 (aiz.info). - Teilnehmer an der Maßnahme "Begrünung von Ackerflächen - Zwischenfruchtanbau" müssen den Herbstantrag 2021 bis spätestens 15. Oktober 2021 online einreichen und begrünte Flächen mit entsprechenden Begrünungsvarianten beantragen. Der Verpflichtungszeitraum für diese Maßnahme ist bei allen Betrieben ausgelaufen. Zusätzlich zur Beantragung der Begrünungsvarianten muss daher im Herbstantrag 2021 unbedingt auch die aktive Verlängerung der Maßnahme vorgenommen werden, um eine Prämienauszahlung im Verlängerungsjahr 2022 sicherzustellen. Die Verlängerung ist nur für Betriebe möglich, die bereits bisher an der Maßnahme teilgenommen haben. Es besteht keine Verpflichtung zur Verlängerung von auslaufenden Maßnahmen. Betriebe, die keine Begrünung mehr durchführen wollen, dürfen keinen Verlängerungsantrag stellen. Begrünungen nach Variante 6 können noch bis zum 15. Oktober 2021 angelegt werden. * * * *

Achtung: Zum Abgabetermin 15. Oktober 2021 gibt es keine Nachfrist.

Alle anderen Maßnahmen können noch bis 15. Dezember 2021 für das Verlängerungsjahr 2022 verlängert werden. Weitere Informationen zur Teilnahme am ÖPUL 2015 im Verlängerungsjahr 2022 sind unter

www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Aktuelle-Informationen/2021/OePUL-2015-Herbstantrag-2021 zu finden. Die Einreichung des Online-Herbstantrages 2021 ist ausschließlich über www.eama.at möglich.

Für Betriebe, die auch an "Mulch- und Direktsaat (inkl. Strip-Till)" teilnehmen, ist beim Herbstantrag zu beachten, dass der Anbau aller "erosionsgefährdeten Kulturen" im Anschluss an die gemäß den Begrünungsvarianten 4, 5 oder 6 angelegte Begrünung entweder mittels Mulch- oder Direktsaat oder mittels Strip-Till-Verfahren erfolgt. Dies erfordert die zusätzliche Beantragung von "MZ" auf den betroffenen Begrünungsflächen. Wenn am Betrieb keine Begrünung gemäß den Varianten 4, 5 oder 6 beantragt wird oder nach den Varianten 4, 5 oder 6 keine "erosionsgefährdete Kultur" angebaut wird, muss kein "MZ" am Betrieb beantragt werden. Die Beantragung von "MZ"-Flächen ist im Herbstantrag 2021 noch bis spätestens Mittwoch, 15. Dezember 2021, möglich. Sinnvollerweise wird jedoch "MZ" gleichzeitig mit der Begrünungsbeantragung angegeben. Die Maßnahme "Mulch- und Direktsaat (inkl. Strip-Till)" muss ebenfalls im Herbstantrag 2021 verlängert werden, um eine Prämiengewährung beziehungsweise gültige Teilnahme an der Maßnahme im Jahr 2022 zu erreichen.

Als Hilfestellung für die Erfassung des Online-Herbstantrags 2021 steht auf www.ama.at/Fachliche-Informationen/Herbstantrag/Handbuecher-Online-Antrag ein Leitfaden zur Verfügung.

Detaillierte fachliche Informationen zur Maßnahme "Begrünung von Ackerflächen - Zwischenfruchtanbau" sowie zur Maßnahme "Mulch- und Direktsaat (inkl. Strip-Till)" einschließlich Auflistung der als erosionsgefährdet eingestufteten Kulturen sind im jeweiligen Maßnahmen erläutersblatt unter www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter zu finden. (Schluss)

Britische Bauern starten mit Keulung gesunder Tiere

Fachkräfte in den Schlachthöfen fehlen

London, 7. Oktober 2021 (aiz.info). - Ein eklatanter Personalmangel in Schlachthöfen in Großbritannien führte zu übervollen Schweineställen und in Folge zu ersten Keulungen durch die Landwirte. Etwa 600 gesunde Tiere, die man nicht zum Schlachthof bringen konnte, seien getötet worden, teilte der Schweinebauernverband National Pig Association laut Dow Jones News mit. Zwar gebe es noch keine Massenkeulungen, aber die Maßnahme zeige, dass die Krise Folgen habe. Der Verband hatte gewarnt, dass bis zu 120.000 Schweine gekeult werden müssten, falls nicht bald mehr Personal eingestellt werde. * * * *

In Großbritannien fehlen in vielen Branchen Fachkräfte, auch in der Fleischverarbeitung. Das liegt auch an den Folgen des Brexits, da viele Arbeiter vor allem aus Osteuropa während der

Corona-Pandemie das Land verlassen haben, neue strenge Immigrationsregeln nun aber die Einreise für Arbeitsuchende erschweren. Schlachthöfe können wegen der fehlenden Spezialisten den Schweinebauern nicht mehr genug Tiere abnehmen - deshalb wird auf den Farmen der Platz knapp. Die Regierung will nun unter anderem 5.000 Lkw-Fahrer und 5.500 Spezialisten für die Geflügelverarbeitung aus dem Ausland mit Sondervisa ins Land holen. Das reicht aber nach Schätzungen der Wirtschaftsexperten bei Weitem nicht aus. (Schluss)

OÖ: Monitoring bestätigt GVO-Freiheit auf landwirtschaftlichen Flächen

Saatgut wies ebenso keinerlei Verunreinigungen auf

Linz, 7. Oktober 2021 (aiz.info). - Das Land Oberösterreich beauftragte die Landwirtschaftskammer (LK) OÖ heuer bereits zum sechsten Mal mit einem Monitoring zur Überprüfung der Gentechnikfreiheit auf landwirtschaftlichen Flächen. Das Ergebnis war, dass auf keinem Feld in Oberösterreich GV-Pflanzen standen. "Im Rahmen der systematischen Untersuchungen von insgesamt 75.000 Soja-, Raps- und Maispflanzen auf 150 Feldern konnten in ganz Oberösterreich keinerlei Verunreinigungen festgestellt werden. Damit ist sichergestellt, dass bei heimischen pflanzlichen Produkten keine Gentechnik im Spiel ist. Dies unterstreicht auch die Bedeutung einer durchgängigen Herkunftskennzeichnung bei allen Lebensmitteln. Der Konsument kann sich damit bewusst für gentechnikfreie pflanzliche Produkte aus Oberösterreich entscheiden", betont Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger**. * * * *

In einem ersten Schritt wird die Einhaltung der Saatgut-Gentechnik-Verordnung anhand von Saatgutuntersuchungen beim Handel durch das Bundesamt für Ernährungssicherheit (BAES) überprüft. Im Rahmen des heurigen Monitorings wurden zusätzliche Kontrolltage durch das BAES bei acht Saatgut-Inverkehrbringern in Oberösterreich durchgeführt. Untersucht wurden zum Beispiel der Partieumfang, die Kennzeichnung und Verpackung von insgesamt 22 Mais-, zwei Raps- und elf Sojabohnensaatgutpartien. Anschließend wurden zehn Mais-, vier Sojabohnen- und eine Rapsaatgutpartie beprobt, wobei jede Arbeitsprobe aus 3.000 Samen bestand.

"Somit wurden insgesamt ca. 45.000 zusätzliche Samen untersucht. Alle Partien entsprachen den Bestimmungen der Saatgut-Gentechnik-Verordnung. Bei den durchgeführten Untersuchungen wurde keine GVO-Verunreinigung nachgewiesen, das heißt: Das Saatgut war zu 100% GVO-frei. Die Untersuchungen des BAES zeigen, dass eine Kontrolle des Saatgutes - insbesondere ausländischer Herkunft - eine sehr effektive Methode ist, allfällige GVO-Verunreinigungen aufzuspüren. Dies unterstreicht die große Bedeutung der inländischen Saatgutproduktion, die nach Kräften zu unterstützen ist", erläutert **Michaela Langer-Weninger**, Präsidentin der LK OÖ, das Ergebnis.

Weltweit wuchsen 2019 auf 190,4 Mio. ha gentechnisch veränderte Pflanzen. Auf die USA, Brasilien, Argentinien, Kanada und Indien entfallen 91% des globalen GVO-Anbaus, insbesondere von Sojabohnen, Mais, Baumwolle und Raps. In der EU konzentriert sich der Anbau von GV-Mais (Bt-Mais MON810) auf Spanien. Mit 1,14% der Gesamtanbaufläche ist der GV-Mais-Anteil in der EU sehr gering, so die LK OÖ. (Schluss)

Russland: Analytiker erhöhen Schätzung für die heurige Weizenernte

Nachbesserung auf bis zu 77 Mio. t

Moskau, 7. Oktober 2021 (aiz.info). - In Russland dürfte die diesjährige Getreideernte zwischen 119 und 121 Mio. t liegen, schätzte ein Experte des staatlichen Agrarlogistikunternehmens Rusagrotrans am Mittwoch bei einer Fachveranstaltung im Rahmen der traditionellen Landwirtschaftsausstellung "Goldener Herbst" in Moskau. Wie berichtet, lag die Ernteprognose des Analysezentrams von Rusagrotrans Ende September bei rund 118,7 Mio. t. Die Korrektur sei vor allem auf die höhere Erwartung für die Weizenproduktion zurückzuführen, geht aus dem Bericht hervor. Diese beläuft sich auf 75 bis 77 Mio. t, während bislang mit gut 74,7 Mio. t gerechnet wurde. * * * *

Zwar fällt die Getreideernte 2021 deutlich unter dem Vorjahr (2020: insgesamt knapp 133,5 Mio. t, davon fast 85,9 Mio. t Weizen) aus, doch seien die Witterungsverhältnisse in den meisten Regionen mit Ausnahme des Wolgagebiets und des Urals in dieser Saison hierfür eher günstig gewesen, geht aus den Ausführungen des Experten hervor. So zeichne sich in Sibirien das höchste Ergebnis seit 2009 ab, im Süden des europäischen Teils des Landes solle sich die Getreideproduktion nur unwesentlich vom 2017 verzeichneten Rekord unterscheiden. (Schluss) pom